



ROTKIELLICHEN

Magazin für Politik und Hochschule

**NEUE FORM DER GLÜCKSSPIELIBERALISIERUNG:
DIE WÄHLER VERTEILEN DIE CHANCEN NEU!**



**WER SETZT JETZT NOCH
AUF SCHWARZ?**

INHALT

Willkommen im Spielerparadies S-H.....	3/4
Deutsche Politik und Religion.....	4/5
OB-Kandidaten-Nominierung.....	6
„Du kommst hier nicht rein!“	7
Bericht Programmkommission.....	8/9
Sozialdemokratische Steuerkonzepte....	10/11
Aus für Partikeltherapie in Kiel?....	12/13
Bekennnis zu Europa!.....	14
SOS für den Nord-Ostsee-Kanal!	15
Glasnost.....	16



CLUB

BLEIBT

CLUB

★N°68★

www.club68.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Landtagswahl in Schleswig-Holstein rückt näher und die schleswig-holsteinische SPD ist dabei, sich inhaltlich für die Regierungsübernahme zu rüsten. Zu diesem Prozess möchte **Rotkielchen** einen Beitrag leisten. Nachdem in den letzten Ausgaben eher personelle Fragen im Vordergrund standen, findet ihr in dieser Ausgabe vor allem Artikel, die sich mit politischen Inhalten auseinandersetzen. Dabei zeigt sich oftmals das ganze Ausmaß des Dilettantismus und der Perspektivlosigkeit der schwarzen Landes- und Bundesregierung, z.B. in Sachen Glücksspielliberalisierung, Nord-Ostsee-Kanal oder auch Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.

Die schleswig-holsteinische SPD hingegen befindet sich nach dem erfolgreichen Demokratiesommer im Aufbruch und hat nun einen ersten Entwurf für ein Regierungsprogramm, über das auf einem Landesparteitag im Februar 2012 beschlossen werden soll. Bis dahin werden noch einige inhaltliche Impulse – gerade auch von uns Jusos – notwendig sein, damit am Ende ein Wahlprogramm herauskommt, für das wir voller Begeisterung Wahlkampf machen

können. Die Kieler Jusos haben bereits versucht, dem Wahlprogramm Impulse zu geben und neun Änderungsanträge zur Programmkonferenz der Kieler SPD eingereicht. Obgleich das Urteil der Programmkonferenz zu unseren Anträgen gemischt ausfiel, werden wir uns nicht davon abhalten lassen, weiter für unsere Positionen zu streiten. Auch wenn das Regierungsprogramm im Vergleich zum Vorigen an Quantität abgenommen hat, darf es deshalb nicht an Qualität verlieren. Deshalb werden wir weiterhin versuchen, unsere Inhalte ins Wahlprogramm einfließen zu lassen, und auch nach der Wahl darauf achten, dass eine SPD-Regierung die festgelegten Punkte wirklich umsetzt.

Die **Rotkielchen**-Redaktion wünscht wie immer viel Spaß bei der Lektüre und der einen oder anderen sich vielleicht anschließenden Diskussion. Diskussionsbeiträge, Anregungen und Kritik könnt ihr uns gerne auch über das Kontaktformular der Kieler Jusos auf www.jusos-kiel.de zukommen lassen.

Eure Redaktion

ROTKIELCHEN

Magazin für Politik und Hochschule,
Dezember 2011 - Jhg. 39/2

Herausgeber und Verleger:

Jusos im VPJ,
Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Redaktion: Max Dregelies (md), Charlotte Gaschke (cg), Michel Hansen (mh), Anne-Christin Heinrich (ach), Moritz Knebusch (kn) (V.i.S.d.P), Daniel P. Martinen (dpm), Dennis Mitterer (dm), Benjamin Raschke (br), Yves-Christian Stübe (ycst), Stephan Voss (sv), Julian Wollmann (jw), Timm Wüstenberg (tw)

Außerdem in diesem Heft:

Bettina Hagedorn, Jürgen Weber

Layout: DIN oder SCHOEN,
Hamburger Ch. 18b, Molfsee
Telefon: 04347 - 7 30 40 24
www.DINoderSCHOEN.de



Kontakt

Rotkielchen:

Moritz Knebusch, Tel.: 0170-6384217
moritz@jusos-kiel.de

Juso-Kreisgeschäftsführer:

Timm Wüstenberg, Tel.: 0431-66 849 704
timmm@jusos-kiel.de

Juso-Hochschulgruppe an der CAU:

Carolin Ahrens, info@jusos.uni-kiel.de

Juso-Hochschulgruppe an der FH:

Björn Dobbertin,
bjoern.dobbertin@kielnet.net

Juso-Landesverband:

Geschäftsstelle, 0431-90 60 653,
www.jusos-sh.de
Daniel P. Martinen,
d.martinen@jusos-sh.de

TERMINE UNTER: WWW.JUSOS-KIEL.DE

Willkommen im Spielerparadies Schleswig-Holstein

Zügelloses Zocken zwischen Glückstadt und Glücksburg

Vor kurzem entschieden Schleswig-Holsteins Regierungsfractionen um Pannen-Peter und Chaos-Kubicki eine unverantwortliche Ausweitung des Glücksspielstaatsvertrages. Doch was genau hat sich nun geändert?

Um das zu beantworten werfen wir zunächst einen Blick in die Vergangenheit: Das Glücksspiel gibt es – heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge – bereits seit 5.000 Jahren. Aus der Zeit stammen die ersten Funde sechseitiger Würfel, gefertigt aus Knochen oder Elfenbein. Später im Römischen Reich wurden Würfelspiele in allen Schichten gespielt, obwohl sie verboten waren. Das römische Recht gewährte Gläubigern von Spielschulden z.B. keine Möglichkeit, ihr Geld einzuklagen – eine Regelung, die es noch heute in unserem deutschen Recht gibt. Hierbei handelt es sich um ein Schutzkonzept für Spieler, denn das Glücksspiel birgt eine hohe Suchtgefahr, die schon früh erkannt wurde. Deshalb wurde das Glücksspiel in Deutschland bisher immer restriktiv behandelt. Es gibt ein generelles Werbeverbot und strenge Vorschriften, die zur Suchtprävention anhalten. Außerdem gab es bis zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes im vergangenen Jahr ein staatliches Monopol für Sportwetten und Glücksspiel. Die Luxemburger Richter kippten das Monopol mit der Begründung, es verstoße gegen die europäische Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit. Da das Glücksspiel in Deutschland Ländersache ist, waren nun die sechzehn Bundesländer an der Reihe, eine EU-konforme Regelung zu finden. Ein besonderer Problempunkt sind die Onlinewetten und -casinos. Sie bergen eine erhöhte Suchtgefahr, weil am heimischen Computer keine soziale Kontrolle stattfindet. Der Spieler bewegt sich anonym in den Weiten des Internets an digitalen Pokertischen und verzockt



Foto: Grüne Landtagsfraktion S-H

Viva Las Schleswig-Holstein? Auch die Grüne Landtagsfraktion ist dagegen.

im schlimmsten Fall ein Vermögen, das er nie besessen hat, weil seine Kreditkarte immer fleißig belastet wird. Zwar ist die Schuld – wie oben erwähnt – nicht einklagbar, aber einmal gezahltes Geld kann im Umkehrschluss auch nicht zurückgefordert werden. Die Konsequenz heißt: Privatinsolvenz.

Bisher handhabten die deutschen Gesetzgeber die Onlineproblematik einfach: durch ein Verbot. Doch auch dies war nach Ansicht der europäischen Richter ein ungerechtfertigter Eingriff in die Freiheit der Wettanbieter. Also entwickelten fünfzehn Bundesländer ein Verfahren, das Onlineglücksspiel nur unter hohen Auflagen zulässt. Vom Umsatz müssen die zugelassenen Anbieter ein Sechstel an den Staat abführen. Bei einer durchschnittlichen Gewinnmarge

von einem Zehntel des Umsatzes ist der Gewinn halbiert und der Lizenzerwerb eher unattraktiv für die Betreiber. Auch die Möglichkeit, über hohe Einsätze etwas an der Gewinnmarge zu ändern, scheidet aus, weil der monatliche Höchsteinsatz pro Spieler auf 750,- Euro gedeckelt ist. Darauf wird sich in der Realität wohl kein Anbieter einlassen. Formal ist das Onlineglücksspiel jedoch erlaubt.

Gar nichts hält davon die schleswig-holsteinische Landesregierung. Kein Wunder: Nette Menschen, die einen ins Luxushotel nach Sylt einladen, behandelt man so nicht, muss sich die Landesregierung gedacht haben. Denn genau das tat die Glücksspiellobby in diesem Jahr. Die Sportwirtschaftszeitschrift *Sponsor's* lud die Entscheidungsträger der FDP und CDU zur Konferenz „Öko-

nomische Potentiale der Liberalisierung des Sportwetten- und Online-Poker-Marktes“ ins Sylter Golf-Hotel ein. Natürlich „all inclusive“. Das Ergebnis dieser Tagung: Die Deregulierung des Glücksspielmarktes in Schleswig-Holstein. Onlinepoker und -casinos werden erlaubt und das ohne effektiven Schutz für den Spieler. Sinnbildlich ist dabei, dass der Spielerschutz bei der Auflistung der Ziele des Gesetzes erst an dritter Stelle kommt und lediglich eine Alibifunktion einnimmt. Denn der Abschnitt über Online-Spielbanken verweist zwar kurz auf den Spielerschutz, die Landesregierung übernimmt hier aber absurder Weise die Regelung für normale Spielbanken eins zu eins. Das bedeutet, dass der Betreiber ein Spielverbot für diejenigen verhängen muss, die dem Personal durch ihr exzessives Spiel auffallen. Dies ist

online allerdings unmöglich und somit ist kein Schutz gegeben.

Angesichts dessen wirkt der Kommentar von Wolfgang Kubicki (FDP), man liberalisiere nicht, sondern schaffe Regeln, wie eine Farce. Wenn man das nimmt, was zuvor im Graubereich getan wurde und dem lediglich einen legalen Stempel aufdrückt, ist das keine Regulierung, sondern ein Skandal. Denn hier wird deutlich, wer geistiger Urheber dieses Gesetzes ist. Motiv hierfür könnten die klammen Kassen des Landes sein. CDU und FDP glauben sechzig Millionen Euro jährlich einnehmen zu können. Belegen können sie ihre Schätzung nicht. Das Argument, dass die anderen Regelungen EU-rechtswidrig seien, hat der Bundesgerichtshof Anfang Oktober jedenfalls widerlegt und Kubicki & Co.

mit ihrer Panikmache Lügen gestraft. Leider war der schleswig-holsteinische Alleingang da schon geschehen. Mit der schwarz-gelben Einstimmenmehrheit – für deren Sicherung der nach seiner Affäre abgetauchte Christian von Bötticher ins Parlament zurückkehrte – wurde der Staatsvertrag durch den Landtag gepeitscht.

Bundesweit wird das Gesetz scharf kritisiert. Die Lottogesellschaften der anderen Länder drohen mit dem Ausschluss ihrer Kieler Kollegen. In der Folge könnten die Schleswig-Holsteiner nicht mehr an Ausspielungen des großen Lotto-Jackpots teilnehmen. So hat das Ganze doch noch etwas Gutes, denn ohne Jackpot auch keine Spieler und auch keine Spielsucht.

dpm

Deutsche Politik und Religion

Ein Papst, zwei Meinungen und viele Konfessionen

Papst Benedikt XVI, Stellvertreter Gottes auf Erden, stattet als erster deutscher Papst seinem Heimatland einen offiziellen Besuch ab. Dabei wird ihm die Ehre zuteil vor dem höchsten politischen Gremium Deutschlands eine Rede zu halten. Der Papst, als Oberhaupt der größten Religionsgemeinschaft, bekam also die Möglichkeit öffentlichkeitswirksam vor den Politikerinnen und Politikern des Deutschen Bundestages zu sprechen – ein Akt, bei dem nicht wenige die Gefahr einer Vermischung von weltlichen und kirchlichen Interessen sahen. Ob diese Befürchtung einer objektiven Beobachtung entstammt, bedarf jedoch einer genaueren Analyse.

Weltliche Probleme und geistliche Beiträge

Deutschland, welches sich selbst als säkularisierter Staat sieht, bevorzugt durch die Einladung des Papstes die weltweit größte Religionsgemeinschaft und begründet dies damit, dass der

Papst als Vertreter des Staates Vatikan sprach. Eines Staates, der mit weniger als 0,5 km² Fläche und mit unter 1.000 Einwohnern der Kleinste dieser Erde ist. In Europa ist der Vatikan die letzte absolute Wahlmonarchie und neben Weißrussland die einzige europäische Nation, die nicht die Europäische Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet hat. Doch nicht nur, dass ein Vertreter einer Religion seine Meinung in exponierter Stellung vor dem Bundestag kundtun durfte ist zu hinterfragen, sondern auch, dass genau *dieser* Papst sprechen durfte. Ein Papst, der den Exorzismus wieder vorantreibt, der Kondome verteufelt, Holocaustleugner wieder in die Kirche integriert, lange bei der Aufklärung der Missbrauchsfälle gezögert und sie dann nur halbherzig aufgeklärt hat, und der Homosexualität „als Zerstörung des Werk Gottes“ sieht. Es geht uns nicht um eine Kritik des Glaubens der vielen Katholiken, welche diese Ansichten nicht vertreten, doch

wehren wir uns dagegen, dass dieser Mann solch reaktionäre Weltanschauungen weiter vorantreibt und dafür eine Plattform im Bundestag erhält. Die Jusos Schleswig-Holstein haben sich aus diesem Grund mit einer Delegation an der Demonstration der Bundes-Jusos und verschiedener Verbände in Berlin beteiligt. Wir begrüßen, dass auch die Genossinnen und Genossen im Bundestag sich kritisch mit dem Papst auseinandergesetzt haben. Dazu gehört nicht nur das Extrem des Anwesenheitsboykotts einiger Parlamentarier, sondern auch der versöhnliche Diskurs zwischen Befürwortern und Gegnern, welcher unter anderem durch unseren Kieler SPD-Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels gefördert wurde. Seltsam erscheint uns nur, dass die kritischen Stimmen in allen Bundestagsfraktionen nicht erklangen, als der Ältestenrat sich dazu entschloss den Papst einzuladen. Wir sprechen uns nicht dagegen aus, den Kontakt mit den Vertre-



Wir sind nicht Papst!

rinnen und Vertretern der einzelnen Religionen zu suchen – wir sind sogar der Überzeugung, dass dies unabdinglich für ein friedliches Miteinander ist. Trotzdem stellen wir in Frage, dass eine Gastrede im Bundestag, in der weder Fragen, noch Kritik möglich sind, dafür das richtige Mittel darstellt. Doch müssen wir uns nicht nur kritisch mit dem Papst auseinandersetzen, sondern mit jeglicher Vermischung von Staat und Glaube.

Die Crux der staatspolitischen Neutralität

Über 450 Millionen Euro zahlen die Deutschen Steuerzahler jedes Jahr für die evangelische und katholische Kirche – neben der Kirchensteuer! Davon zahlt allein Schleswig-Holstein über elf Millionen Euro. Eine Zahlung, die auf den Säkularisierungsprozess von 1803 zurückgeht, um die Kirchen für die Verstaatlichung ihrer Gebiete zu entschädigen. Eine Zahlung, die nicht nur in Hinblick auf die klammen Staatskas-

sen und die unterfinanzierte Bildung fragwürdig ist. Das häufig angeführte Argument, die Kirchen geben einen Großteil des Geldes für karitative Zwecke aus, ist anhand ihrer Bilanzen als falsch zu bewerten. Des Weiteren werden kirchlich organisierte Hilfswerke durch staatliche Subventionen gegenüber konfessionsfreien Organisationen bevorzugt. Anhand dessen erscheint es einem als Paradoxon, dass der private Glaube unter der Zuhilfenahme öffentlicher Mittel finanziert wird, während vor allem das Bildungssystem als Quelle öffentlichen Wohlstandes auf Grund der Unterfinanzierung immer weiter durch private Hand bezahlt werden muss. Religiöse Verbände dürfen nicht besser gestellt werden als weltliche, sondern müssen sich anhand ihres Beitrages zum Gemeinwohl mit anderen messen lassen.

Im Religionsunterricht haben die beiden christlichen Religionen weiterhin eine Extrastellung inne. In einer Gesell-

schaft, in der es eine immer größere Anzahl von verschiedenen Glaubensbekenntnissen gibt, führt dies nicht selten zu einer Zersplitterung der Schulklassen. Es ist nicht sinnvoll, dass Moslems, Katholiken, Protestanten, Juden, Buddhisten und Nichtgläubige getrennten Religions- oder Ethikunterricht besuchen. Religionsunterricht bedeutet für uns nicht die Indoktrinierung eines bestimmten Glaubens, sondern die kritische Betrachtung aller Religionen. Auch in der Schule sollen Menschen unterschiedlichen Glaubens nicht übereinander, sondern miteinander reden. Es ist daher sinnvoll einen gemeinsamen Religionsunterricht für die Anhänger aller Konfessionen und Konfessionslose zu schaffen, um den überkonfessionellen Austausch zu fördern und andere Religionen zu verstehen. Glaubenszeichen bestimmter Religionen in öffentlichen Einrichtungen sollten in einer modernen, multikulturellen Gesellschaft nicht mehr notwendig sein.

Ein Glaubwürdigkeitsproblem der Zukunft?

Die aktuelle Entwicklung der Religionszugehörigkeit in Deutschland, gekennzeichnet durch eine Zunahme der muslimischen Bevölkerung und einer Mitgliederschrumpfung in christlichen Kirchen mit gleichzeitigem Anstieg Konfessionsloser, erfordert innenpolitische Reformen im Umgang mit den verschiedenen Glaubens- und Nichtglaubensrichtungen. So mag die außenpolitische Neutralität gegenüber hohen religiösen Amtsträgern zwar Aufgeschlossenheit signalisieren, dennoch spielt sie mit der innenpolitischen Glaubwürdigkeit, wenn einzelne Konfessionen gesetzmäßig einen Vorteil erhalten. Es gilt unter zur Hilfenahme der politischen Möglichkeiten, diese Traditionen zu durchbrechen und den modernen Verhältnissen anzupassen. Wir wollen eine Gesellschaft in der jede Form des Glaubens, auch des Nicht-Glaubens, respektiert und gleichwertig behandelt wird. Nur so schaffen wir die Basis für eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft, die auch in Zukunft einen starken Zusammenhalt bildet.

md jw

Aus den Erfahrungen lernen!

Warum ein offenes Bewerbungsverfahren vor der nächsten Oberbürgermeisterwahl notwendig ist

Am 26. August 2008 besuchte ich meine erste Veranstaltung der Jusos, nachdem ich gut zweieinhalb Jahre zuvor in die SPD eingetreten war. Kurz zuvor hatte ich ein Extrablatt des *Rotkielchens* erhalten: „Du machst den Oberbürgermeister!“ stand dort auf der Titelseite. Auf den Innenseiten wurden die beiden Bewerber vorgestellt, die für die SPD als Kandidat in den Oberbürgermeisterwahlkampf 2009 ziehen wollten, Gerwin Stöcken und Torsten Albig. Mir wurde erklärt, dass ich als SPD-Mitglied mitentscheiden könne, welcher der beiden Bewerber der SPD-Kandidat wird. Die Kieler Jusos organisierten zwei Veranstaltungen, auf denen sich jeweils einer der Bewerber den Jusos vorstellen konnte. Der erste Vorstellungabend war jener am 26. August 2008 mit Torsten Albig.

Derzeit spricht alles dafür, dass die Kieler SPD nächstes Jahr wieder eine Kandidatin oder einen Kandidaten für einen Oberbürgermeisterwahlkampf aufstellen muss. Nach Auffassung der Kieler Jusos sollte sie alles dafür tun, dass die Kandidatenkür erneut durch einen Mitgliederentscheid erfolgen kann. Gerade erst hat uns das Kandidatenfindungsverfahren für die Landtagswahl 2012 die ganze Bandbreite von Vorteilen eines solchen Verfahrens vor Augen geführt: Eine enorme Mobilisierung der Mitglieder, gelebte innerparteiliche Demokratie, positive mediale Aufmerksamkeit im Vorfeld des Wahlkampfes, einen Kandidaten mit größtmöglicher demokratischer Legitimation, der in der Partei akzeptiert und außerhalb der Partei im Land bekannt geworden ist. Und gerade erst hat uns die CDU gezeigt, wie man es nicht machen sollte: Ein blasser, von oben auserwählter Kandidat, der innerhalb von nur zwei Tagen wiederum von oben ausgetauscht werden kann. No-

minierungsparietage, die eine formelle demokratische Legitimation erzeugen, in Wirklichkeit aber zum Abnicken verdammt sind.



Das Rotkielchen-Extrablatt zur Oberbürgermeister-Wahl 2009

Angesichts dieser Erfahrungen darf niemand in der Kieler SPD auf die Idee kommen, im nächsten Jahr kein offenes Bewerbungsverfahren samt Mitgliederentscheid im Vorfeld eines möglichen Oberbürgermeisterwahlkampfes durchzuführen. Aber es gibt einen Umstand, der gegen ein solches Verfahren ins Feld geführt werden könnte: Die zeitliche Komponente! Erst nach der Landtagswahl am 6. Mai nächsten Jahres wird feststehen, ob Torsten Albig schleswig-holsteinischer Ministerpräsident wird. In diesem Fall würde er vom Amt des Oberbürgermeisters zurücktreten, so dass Bürgermeister Todeskino für eine Übergangszeit das Amt ausüben würde. Spätestens nach sechs Monaten müsste eine neue Oberbürgermeisterwahl stattfinden. Natürlich könnte der Kieler SPD daran gelegen sein, diese Übergangszeit möglichst kurz zu hal-

ten. Um den Prozess zu beschleunigen wären Empfehlungen einzelner Kieler Spitzengenosser oder gar einer Kandidatenfindungskommission denkbar. Dadurch würde anderen Kandidatinnen und Kandidaten eine realistische Chance von vornherein genommen werden und es könnte zeitnah eine Mitgliederversammlung stattfinden, die dann abnicken darf. Deshalb muss sich die Partei nach der Landtagswahl Zeit nehmen, um ein offenes Bewerbungsverfahren samt Mitgliederentscheid für das Oberbürgermeisteramt durchzuführen. Möglichen Bewerbern muss genügend Zeit und Plattformen gegeben werden, um sich bekannt zu machen. Sollten die 6 Monate dafür voll ausgeschöpft werden müssen, wäre die Kieler SPD gut beraten, dies zu tun.

Alles andere würde einen Rückschritt für die Kieler SPD bedeuten, die immer Wert darauf gelegt hat, alle Mitglieder in Personalfindung mit einzubeziehen und damit auch eine Vorreiterrolle für den Mitgliederentscheid auf Landesebene gespielt hat. Wir sollten den Mut haben, in dieser Hinsicht weiterhin fortschrittlich zu agieren! Warum nicht z.B. einen gemeinsamen Mitgliederentscheid mit den Grünen durchführen? Angesichts der starken letzten Wahlergebnisse der Grünen Partei in Kiel, wäre eine gemeinsame Kandidatin bzw. Kandidat eigentlich gut. Jedenfalls die einzige Möglichkeit, eine Stichwahl zu vermeiden, sofern die Grünen nicht verzichten und unsere Kandidatin bzw. Kandidaten unterstützen. Ob sich die Grünen – vor allem angesichts der unterschiedlichen Mitgliederstärke – auf einen gemeinsamen Mitgliederentscheid einlassen würden, ist eine andere Frage. Aber es wäre ein Signal!

„Du kommst hier nicht rein!“

Warum Diskriminierung vor Kieler Diskotheken nicht zum Alltag gehören darf

Es ist Samstagabend und wie jedes Wochenende bildet sich eine lange Schlange gut gelaunter, junger Menschen vor den Diskotheken der Stadt, die gemeinsam die Nacht zum Tag machen wollen. Doch statt mit Partystimmung und Spaß endet der Abend für viele junge Leute – und vor allem junge Männer mit Migrationshintergrund – immer häufiger abrupt in Frust und Wut: Weiter als bis zur Einlasskontrolle kommen sie nicht und das lediglich aufgrund ihres Aussehens. Deutlicher könnte man ihnen nicht zeigen: „Du gehörst nicht dazu“.

Wohl jeder Diskothekenbesucher kennt das allabendliche Mustern der Gäste durch die Türsteher und die Sortierung des Partyvolkes in „friedlich Feiernde“ und „Störenfriede mit hohem Aggressionspotential“. In nur wenigen Sekunden muss diese Einteilung vorgenommen und die Entscheidung getroffen werden, ob der Zugang zur Lokalität gestattet oder verwehrt wird. Obgleich sich manch stark alkoholisiertes Gast, der nicht hineingelassen wird, ungerecht behandelt fühlen mag, so ist dieses Vorgehen im Sinne des Hausrechts dennoch vollkommen legitim und das Recht des Betreibers. Es steht ihm grundsätzlich frei, zu entscheiden, wen er einlässt und wen nicht.

Doch in einer Gesellschaft kennt jegliche Freiheit eine Grenze: Die Würde des Menschen. Eben diese Grenze wird immer wieder durch die Türpolitik der Diskotheken überschritten. Gästen mit Migrationshintergrund wird ohne eines anderen, erkennbaren Grundes nur wegen ihres Aussehens der Zugang zur Diskothek nicht gestattet. Dieser Umgang allerdings ist in keiner Weise zu rechtfertigen, sondern schlichtweg Diskriminierung.

Wer hierbei nun argumentiert, dass doch aber eigentlich auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund nur ein weiteres Kriterium ist, auf das die Türste-

her zu achten haben, um für den richtigen Personenmix in der Diskothek zu sorgen, verkennt die weitreichende Wirkung und Gefahr hinter dieser Vorgehensweise. Diskriminierung tut weh. Das Erlebnis abgewiesen zu werden, nicht dazugehören zu dürfen, führt langfristig automatisch zur Verdrossenheit. Verdrossenheit nicht nur gegenüber den Diskotheken, sondern auch gegenüber der Gesellschaft. Deshalb gilt seit 2006 auch das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“, das eine Benachteiligung in der Versorgung mit Gütern und öffentlichen Dienstleistungen aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft eindeutig verbietet. Das Vorgehen der Diskotheken ist also eigentlich definitiv rechtswidrig. Der Grad zwischen Hausrecht und Diskriminierung allerdings ist so schmal, dass die rechtliche Situation vor Gericht sehr kompliziert ist – auch weil das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ bewusst schwach gehalten wurde. Erste Gerichtsurteile zeigen aber, dass man sich zur Wehr setzen und die Diskotheken in solchen Fällen von Diskriminierung verklagen kann. Doch den Mut und die Willenskraft diesen Weg zu gehen, haben nur wenige. Unlängst sind jetzt allerdings zwei Betroffene in Kiel an die Öffentlichkeit getreten und haben den Fokus auf diese Problematik gelenkt. Dabei hat gerade die darauf folgende öffentliche Debatte abermals gezeigt wie geprägt von Vorurteilen unsere Gesellschaft ist. So ist in einem Kommentar zur Debatte in den „Kieler Nachrichten“ von „Horden heißblütiger Südländer“ die Rede, die in die Diskotheken stürmten. Gerade durch das Schüren solcher Ressentiments und Vorurteile kommt es erst zur Diskriminierung vor den Diskotheken. So nimmt auch der Diskothekenbetreiber grundsätzlich einfach an, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund ein höheres Aggressionspotential und somit ein höheres Risiko mitbringen. Diskotheken behaupten, dass statistisch gesehen Diskothekenbesucher mit Mig-

rationshintergrund häufiger auffallen als andere Besucher. Doch auch dies kann nicht die Diskriminierung rechtfertigen. Denn auch wenn junge Männer unter 25 statistisch gesehen die meisten Unfälle im Straßenverkehr verursachen, würde auch niemand auf die Idee kommen, Männern das Führen eines Fahrzeuges erst ab dem Alter von 25 Jahren zu erlauben.

Wir Jusos setzen uns für eine tolerante Gesellschaft und für ein multikulturelles und weltoffenes Kiel ein. Deshalb haben wir uns auch diesem Thema angenommen und in einer Diskussionsrunde mit Betroffenen, Abgeordneten und dem Leiter der Antidiskriminierungsstelle nach Lösungen gesucht. Zudem haben wir vor einer betroffenen Diskothek Flyer verteilt. Dass wir trotz später Stunde und angeheiterter Stimmung dennoch intensive Gespräche geführt und oft Bestätigung erfahren haben, zeigt, dass das Problem akut ist und dringend Handlungsbedarf besteht. Deshalb wollen wir nun auch gemeinsam mit den Diskothekenbetreibern sprechen und nach möglichen Lösungswegen suchen.

So kann die verständliche Angst vor Gewalteskalationen in der eigenen Diskothek aus unserer Sicht nicht zur generellen Vorverurteilung einzelner Gruppen führen. Vielmehr sind die Diskothekenbetreiber in der Pflicht, durch zusätzliches Sicherheitspersonal in der Lokalität die Sicherheit aller Gäste zu gewährleisten. Andere Diskotheken machen es vor: Sicherheit geht auch ohne Diskriminierung. Für uns Jusos steht fest: Wir treten weiterhin offen ein gegen Diskriminierung und Alltagsrassismus. In Diskotheken – und überall!

Wenn ihr Betroffener oder Zeuge eines ähnlichen Falles geworden seid, dann meldet Euch bei der Antidiskriminierungsstelle: ADVSH Kiel, Herr Kastens, Zum Brook 4, 24143 Kiel, Tel.: 04355-1819818, beratung@advsh.de, www.advsh.de.

tw

Wir wollen nicht, wir werden!

Über den Versuch eines breit diskutierten Regierungsprogramms

Nach ersten Erfahrungen in einer Projektgruppe zum Landtagswahlprogramm 2009 verschlug es mich in diesem Jahr in einen ganz neuen Versuch, ein Programm zu gestalten. Im Vordergrund stand dabei das Zauberwort Demokratiesommer. In 15 Gesprächen über das ganze Land verteilt sollten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit erhalten, mit dem Spitzenkandidaten in den Austausch darüber zu treten, wie die Regierungsarbeit der SPD ab 2012 aussehen soll. Klar, dass die Programmkommission sich das auch einmal anhören sollte.

Der erste Besuch in Itzehoe führt in den Planet Alsen. Ungewöhnliche Location, ungewöhnliches Konzept. Da wird gemalt, geschrieben, gefilmt, diskutiert. Und – die Überraschung gelingt – es scheint so, als hätten alle Spaß. Nachdem alle einigermaßen verstanden haben, was das Fishbowl-Prinzip ist, kommt eine gute Diskussion zustande. Genossinnen und Genossen sind da, aber auch andere. Einige mit Herzensthemen wie dem Nord-Ostsee-Kanal, andere still im Hintergrund. Torsten trifft den Nerv.

Mein zweiter Besuch in Ellerhoop offenbart die Schwächen des Konzepts. Wenn jeder mit Torsten in das Fischglas tauchen kann, dann macht das auch jeder. Die Pinneberger wählen wenige Wochen später ihre Landtagskandidaten und fast alle Interessenten sehen sich genötigt, Monologe zu halten zu denen Torsten eigentlich nur noch „Ja, das stimmt“ sagen kann – und das bisweilen auch einfach tut. Mir fehlt die beschauliche Diskussion aus Itzehoe, die Pinneberger Ortsvereine sind trotzdem angetan vom Abend.

Aus dem Land bekommt man viel mit von den anderen Veranstaltungen. Sie scheinen recht unterschiedlich zu sein, sowohl was den Zulauf als auch was die Ideen betrifft. Viel Kreatives bekommt man mit. Parallel dazu kann man auf [mokratiesommer.de diskutieren, wovon noch nicht viele, aber doch manche Gebrauch gemacht haben.](http://www.de-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Nach den Regionalgesprächen trifft sich die Programmkommission das erste Mal in Kiel. Taktisch vorausschauend gibt es weder Snacks noch Getränke, so dass nach anfänglichem Kleinklein später alle konzentriert daran arbeiten, die Thesen für den kommenden BürgerparteiTAG auszuschreiben. Noch kann sich wohl kaum einer vorstellen, wie dieser genau ablaufen soll, alle fahren hungrig heim. Klar ist: Diskutiert werden nur die Inhalte, die die Bürgerinnen und Bürger vorgegeben haben. Eindeutiger Schwerpunkt dabei ist die Bildungspolitik. Man merkt dem Publikum an, dass dort einiges passiert ist in den vergangenen Jahren und dass nicht alles davon gut ankommt. Was ist mit G8 und G9, wie läuft das jetzt mit den Schülerbeförderungskosten, was soll sich in der Lehrerbildung noch tun? Aufgrund dieses Schwerpunkts entscheiden wir uns, Bildung zweimal als Workshop anzubieten.

24.9. – BürgerparteiTAG in Rendsburg. Beharrliche Stimmen behaupten immer wieder, dies läge im Herzen Schleswig-Holsteins, aus dem Hamburger Umland

fühlt sich das deutlich anders an. Folgerichtig trifft man kaum Pinneberger, die Lauenburger, die man treffen wollte, kapitulieren vor dreieinhalb Stunden Bahnfahrt. Ehrenamtliches Engagement am Wochenende stößt auf seine räumlichen Grenzen. Die Auswahl der Workshops, insbesondere auch der Doppelbelegung von Bildung, scheint gut gewesen zu sein. Diskutiert werden die ausgesuchten Thesen und es entwickeln sich mit reihum wechselnden Kleingruppen interessante Diskussionen. Einige erzählen von ihrem Hintergrund, tatsächlich treffen hier unterschiedliche Perspektiven aufeinander. Der Bundesvorsitzende der Rentnerpartei, erstaunlich jung, Frauenverbandsvertreterinnen, Genossinnen aus kleinen Ortsvereinen, die man noch nie getroffen hat und die, die eigentlich immer da sind – jeder trägt etwas bei. Am Ende verteilen die Besucher Punkte für ihre Lieblingsthese – manche pflastern alle Punkte bei der einen drauf, andere verteilen gerecht. Als ich nach Hause fahre bleibt die Skepsis, wie diese Form der Beteiligung sich nun wirklich auf das Programm auswirken wird. Es wurde immer wieder gesagt, der Demokratiesommer flösse nicht 1:1 in das Programm ein – haben wir trotzdem Erwartungen geweckt, die wir nicht halten können?



Foto: Landesverband SPD S-H

Torsten Albig in der Diskussion mit Bürgern beim Demokratiesommer

An einem Wochenende im Oktober soll es dann soweit sein – erstes Klausurwochenende der Programmkommission. Wir vergleichen den Aufriss, der viel aus dem Wahlprogramm 2009 wieder aufnimmt, welches jedoch kräftig gekürzt wurde, mit unseren aktuellen Erkenntnissen. Hier und da sind wir von Gruppen und Arbeitsgemeinschaften gefüttert worden mit Dingen, die ihnen wichtig sind – die Anregungen der AsF übernehmen wir so fast 1:1. Bei den Diskussionen merke ich, was der Demokratiesommer zumindest bei mir bewirkt hat: Ich behandle die Themen, die als Herzensthemen an uns herangetragen worden sind, besonders vorsichtig. Finden sich die Ehrenämter aus Itzehoe im Entwurf wieder? Was wird der Nord-Ostsee-Kanal-Mann wohl zu „seiner“ Passage sagen? Was sich vor allem geändert hat seit 2009 ist die Schuldenbremse – mit Unterstützung der SPD in die Landesverfassung gestimmt setzt sie uns deutliche Grenzen, die es 2009 nicht gab. Das von jedem gern gesehene „Wünsch-dir-was-Programm“ kann es nicht mehr werden. Was wird es dann? „Versprecht nichts, was ihr nicht halten könnt“, so ist es uns vorgegeben. Keine leichte Aufgabe.

Schwierig ist auch in der Kommission schon das ewig gleiche Problem: Jede hält ihr eigenes Thema für immens wichtig, was ja auch nie ganz abzustreiten ist, es wird stellenweise um jeden Satz gekämpft. Dennoch gelingt es uns, einen relativ kurzen Programmentwurf an den Landesvorstand zu richten. Schnell einig sind wir uns dabei, weniger „wir wollen“ und mehr „wir werden“ zu schreiben. Kämpferisch soll es sein!

Was sind die Themen? Wahlalter mit 16, von den Jusos gefordert, steht wieder im Programm. Den Passus über Kampf gegen Rechts sowie Schleswig-Holstein als Heimat für alle werden wir vielleicht angesichts der Morde von rechts außen noch einmal genauer ansehen müssen. Demokratie soll von klein auf erfahrbar sein, damit schon Kinder sich daran gewöhnen, ihre Meinung zu sagen und sich einbringen zu können, aber auch zu akzeptieren, wenn ihre Meinung keine Mehrheit finden kann. Eine wehrhafte Demokratie braucht diese Grundlagen.



Visualisierung der Ideen beim Zukunftsgespräch in Kiel

Schleswig-Holsteins SPD hält weiterhin nichts von CCS-Speicherung, obgleich damit auch der Kampf gegen andere Landesverbände innerhalb der Partei wieder vorprogrammiert ist. Die Arbeit mit unwägbareren Risiken in der Energieerzeugung haben wir an anderer Stelle gerade erst zum Stoppen gebracht.

„Versprecht nichts, was ihr nicht halten könnt“ – können wir dann sagen, dass wir alle drei Kitajahre beitragsfrei bekommen und das sofort? Wir einigen uns darauf, dass mindestens eines in der nächsten Legislatur wieder beitragsfrei werden soll. Wenn es geht, dann mehr.

Der Spitzenkandidat schaut an diesem Wochenende nicht vorbei. Die gelegentlichen Andeutungen, das Programm müsse auch zum Kandidaten passen, ignorieren wir gekonnt. Das Programm macht die Partei. Torsten wird dies dann mit und für uns durch die Koalitionsverhandlungen und das anschließende Regierungshandeln pauken.

Mittlerweile wurde unser Entwurf an die Gliederungen versandt, man darf gespannt sein auf die Ergebnisse aus den Kreisparteitagen. Aus einigen Kreisverbänden hört man, dass das Demokratiesommert motto auch für die Änderungsantragsdebatte aufgenommen wird. Wir werden versuchen, die ersten Debatten schon vorzudiskutieren, damit auf dem Parteitag Platz ist für die wirklichen Kontroversen.

Im direkten Vergleich zu 2009 kann man festhalten, dass das Konzept, viele beim Brainstorming einzubinden und dann wenigen die Schreibe zu überlassen, zumindest in diesem Stadium aufzugehen scheint. Hoffen wir, dass viele derjenigen, die sich während dieses Demokratiesommers zu Wort gemeldet haben, sich in diesem Programm wieder finden. Damit wir nicht nur regieren wollen, sondern dies ab Mai 2012 auch wieder werden. ach

Das Wahlprogramm kann weiterhin diskutiert werden auf www.demokratiesommer.de

Sozialdemokratische Steuerkonzepte

„3 mal 30 plus x“, „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ und der Beschluss des Parteitags in Berlin

Wenn 2013 für das schwarz-gelbe Trauerspiel auf Bundesebene der letzte Vorhang fällt, wird eine SPD-geführte Bundesregierung viele Baustellen vorfinden. Eine davon ist zweifelsohne die Steuerpolitik. Angesichts der europäischen Schuldenkrise, vor allem aber angesichts des Zustands des deutschen Bildungssystems und der desaströsen Situation der kommunalen Haushalte, stellt sich die Frage, wie ein erhöhter Investitionsbedarf gedeckt werden kann.

Eine sozialdemokratische und somit kluge Steuerpolitik sollte jedoch mehr Ziele verfolgen, als einen ausgeglichenen Haushalt. Die SPD muss sich deutlich dazu bekennen, dass Steuern einen Lenkungs- und Umverteilungszweck erfüllen und dies in ihre Programmatik aufnehmen. In der Vergangenheit wurde hier nicht immer alles richtig gemacht: Als Beispiele seien die Absenkung des Spitzensteuersatzes, die Einführung der Abgeltungssteuer oder die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes genannt. Um dies in Zukunft zu vermeiden, ist es erforderlich, dass Steuerpolitik in der Partei breit und ausführlich diskutiert wird.

Der Bundesverband der Jusos hat das Steuerkonzept „3 mal 30 plus x“ vorgelegt, das eine Grundlage für eine solche breit angelegte Diskussion im Juso-Verband und in der SPD bieten soll. Dieses Konzept beinhaltet konkrete Vorschläge, durch die fiskalische Mehreinnahmen in Höhe von 99 Mrd. Euro erreicht werden sollen, die in die Bereiche Bildung, ökologische Erneuerung und soziale Sicherung investiert werden können. Im September diesen Jahres hat auch der SPD-Parteivorstand unter dem Titel „Nationaler

Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an morgen!“ ein Konzept mit konkreten steuerpolitischen Forderungen vorgelegt. Auch wenn der Titel anderes verspricht, muss man feststellen, dass die Entschuldung an erster Stelle und Bildung hinten ansteht. Bei einem direkten Vergleich der beiden Konzepte fällt auf, dass diese zwar oftmals in den gleichen Bereichen Veränderungen oder Reformen fordern, die konkreten Vorstellungen jedoch (teilweise deutlich) voneinander abweichen. Dies zeigt den bestehenden Diskussionsbedarf, auch wenn auf dem ordentlichen Parteitag der SPD in Berlin nun der Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“ einstimmig beschlossen wurde. Dieser enthält viele der vom Parteivorstand gemachten (teilweise noch zu konkretisierenden) Vorschläge und einen Kompromiss zur sog. Abgeltungssteuer.

Unstreitig dürfte die Notwendigkeit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes sein. Während die Bundes-Jusos hier eine Erhöhung auf 53 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 75.000 Euro plus einer Reichensteuer in Höhe von 3 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 125.000 Euro fordern, begnügten sich der Parteivorstand und der Bundesparteitag mit einer Erhöhung auf 49 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro. Auch wenn die Juso-Forderung sehr weitgehend erscheint, gilt es, sich vor Augen zu führen, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die zwischen 1999 und 2005 den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent absenkte. Im Jahre 1999 wurde der damalige Spitzensteuersatz zudem ab einem Jahreseinkommen von umgerechnet 61.376 Euro fällig. Vor die-

sem Hintergrund erscheint die heutige Forderung der Jusos nicht übertrieben.

Weiterhin fordert das Konzept der Jusos die Abschaffung der so genannten Abgeltungssteuer. Danach werden Einkünfte aus Kapitalvermögen nicht nach dem persönlichen Einkommenssteuersatz versteuert, sondern sind mit 25 Prozent pauschal abgegolten. Liegt der persönliche Einkommenssteuersatz unter 25 Prozent, können die zuviel gezahlten Steuern im Rahmen der Einkommensteuererklärung zurückgefordert werden. Dieses System bedeutet eine Privilegierung für Besserverdienende, deren Einkommenssteuersatz über 25 Prozent liegt. Das Konzept des SPD-Parteivorstands sieht hingegen eine Erhöhung der Abgeltungssteuer auf 30 Prozent vor. Die Abgeltungssteuer war im Vorfeld des Parteitags neben der Höhe des Spitzensteuersatzes stark umstritten. Als Kompromiss soll sie nun auf 32 Prozent für eine Probezeit von drei Jahren erhöht werden. Werden dadurch keine Mehreinnahmen generiert, sollen die Einkünfte aus Kapitalvermögen wieder über den persönlichen Einkommenssteuersatz versteuert werden. Meines Erachtens kann die SPD dauerhaft nicht um eine Abschaffung der Abgeltungssteuer herumkommen: Nur dadurch kann die durch nichts zu rechtfertigende Privilegierung von Besserverdienenden beseitigt werden, die auch bei einem Abgeltungssteuersatz von 32 Prozent bestehen bleibt. Sozialdemokratische Steuerpolitik verträgt sich nicht mit einer Regelung, durch die Einkünfte aus Kapital günstiger besteuert werden als Einkünfte aus Arbeit! Der jetzt beschlossene Kompromiss bedeutet zudem einen höheren Verwaltungsaufwand, da mehr Steuerpflichtige einen Anspruch auf Rückerstattung haben werden.

Beide Konzepte sehen die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent vor. Die Überlegung im Konzept des Parteivorstands, dass eine solche Steuer wohl nur im Rahmen der Europäischen Union und damit langfristig realisierbar ist, mag zutreffend sein. Begrüßenswert ist es daher, dass stattdessen vorgeschlagen wird, bis dahin eine nationale Börsenumsatzsteuer einzuführen und dies vom Parteitag so beschlossen wurde. Ebenfalls fordern beide Konzepte die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die Bundes-Jusos bei Überschreitung eines Freibetrags in Höhe von 500.000 Euro, der Parteivorstand möchte einen Freibetrag in Höhe von einer Million Euro. Der Beschluss des Parteitags sieht zwar die Wiedereinführung der Vermögenssteuer vor, äußert sich aber nicht zu Steuersatz und Freibeträgen. Eine sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen, erfor-

dert jedoch auch eine entsprechende Reform der Erbschaftssteuer: Derzeit werden in Deutschland jedes Jahr schätzungsweise 100 Mrd. Euro vererbt und lediglich 4 Mrd. Euro Erbschaftssteuern durch den Fiskus eingenommen. Dabei stellt eine Erbschaft einen Vermögenserwerb dar, so dass deren Besteuerung im Gegensatz zur Vermögenssteuer keine Doppelbesteuerung ist, da der Erbe als Steuerpflichtiger auf dieses Vermögen noch gar keine Steuern gezahlt hat. Systemgerecht und auch sozial gerecht wäre es daher, Einnahmen aus Erbschaften und Schenkungen als Einnahmen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes zu behandeln, mit der Folge, dass sie entsprechend dem persönlichen Einkommenssteuersatz versteuert werden. Dies hätte Mehreinnahmen in Milliardenhöhe zur Folge und würde zur sozialen Gerechtigkeit noch mehr beitragen als eine (relativ geringe) Vermögenssteuer.

Eine weitere große Baustelle in der Steuerpolitik ist die dringend notwendige Reform der Mehrwertsteuer. Dies erscheint umso nötiger, als dass in der Zeit der großen Koalition entgegen den Wahlkampfversprechungen der SPD eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erfolgte. Dabei nimmt die Mehrwertsteuer keinerlei Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen, gleichzeitig sind aber auch die sozial schwächsten Mitglieder der Gesellschaft auf Konsum angewiesen. Der Beschluss des Parteitags sieht in diesem Bereich nur eine sozial ausgewogene Systematisierung der Mehrwertsteuersätze vor. Dies mag, wie der Parteitagsbeschluss insgesamt, ein erster Schritt in die richtige Richtung sein, ist aber noch kein fertiges sozialdemokratisches Steuerkonzept.

Kn

3 mal 30 plus x	Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung	Parteitagsbeschluss vom 06. Dez. 2011
Spitzensteuersatz von 53 % ab einem Jahreseinkommen von 75.000 €. Beibehaltung der Reichensteuer von 3 % ab einem Jahreseinkommen von 125.000 €.	Spitzensteuersatz von 49 % ab einem Jahreseinkommen von 100.000 €.	Spitzensteuersatz von 49 % ab einem Jahreseinkommen von 100.000 €.
Abschaffung der Abgeltungssteuer. Einkünfte aus Kapitalvermögen über den persönlichen Einkommenssteuersatz versteuern.	Erhöhung der Abgeltungssteuer von 25 % auf 30 %.	Erhöhung der Abgeltungssteuer von 25 % auf 32 % für eine Probezeit von drei Jahren. Sollte dies keine Mehreinnahmen bringen, Versteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen über den persönlichen Einkommenssteuersatz.
Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,05 %, der mittelfristig ansteigt.	Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,05 % auf europäischer Ebene. Bis dahin Einführung einer Börsenumsatzsteuer.	Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer mit einem Steuersatz von 0,05 % auf europäischer Ebene. Bis dahin Einführung einer Börsenumsatzsteuer.
Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Freibetrag in Höhe von 500.000 €. Steuersatz 1%.	Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Freibetrag in Höhe von 1.000.000 €. Steuersatz nicht genannt.	Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Konkrete Angaben nicht genannt.
Reform der Erbschaftssteuer durch Reduzierung der Freibeträge auf 300.000 € bei und Erhöhung der Steuersätze für große Erbschaften.	Reform der Erbschaftssteuer.	Reform der Erbschaftssteuer.
Rücknahme des sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.	Rücknahme des sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.	Rücknahme des sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.
Subventionsabbau	Subventionsabbau	Subventionsabbau
Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 € pro Stunde.	Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 € pro Stunde.	Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 € pro Stunde.
-	Erhöhung Brennelementesteuer.	Erhöhung Brennelementesteuer.
-	Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern.	Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern.
-	Reform der Mehrwertsteuer.	Sozial ausgewogene Systematisierung der Mehrwertsteuersätze.

Aus für die Partikeltherapie in Kiel? *Noch besteht Hoffnung*

Mit dem Kieler Campus des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) ist unsere Stadt nicht nur ein wichtiger Ort der Mediziner- ausbildung in Deutschland. Wir haben auch eine bundesweit anerkannte und honorierte Exzellenz in der medizinischen Forschung. Dass in der Krankenversorgung am UKSH noch nicht alles zum Besten steht, hat nicht zuletzt mit dem enormen Investitionsstau an Gebäuden und Einrichtungen zu tun. Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung nun auf ihrer Schlussrunde endlich die Privatisierungspläne ad acta gelegt hat, können die dringend notwendigen Neubauten endlich planungssicher in Angriff genommen und die Arbeitsbedingungen im Klinikum verbessert werden.

Zeitgleich mit dieser tendenziell erfreulichen Entwicklung wurden erst Gerüchte und dann Meldungen öffentlich, dass das derzeit wohl ehrgeizigste medizinische Vorhaben im Land, das Partikeltherapiezentrum (PTZ) in Kiel, vor dem Aus stehe. Siemens, so hieß es im Sommer, wolle aus dem Projekt aussteigen, weil in der fast fertig gestellten Anlage nicht so viele Patienten wie ursprünglich geplant behandelt werden könnten und das PTZ im Betrieb nicht wirtschaftlich arbeiten könne. In der Ärzte-Zeitung vom 12.8.2011 ließ man verlauten: „Im Verlauf der Entwicklungsarbeit haben wir festgestellt, dass wir bei der wirtschaftlichen Umsetzung dieser Technologie in der Breitenversorgung zu ambitioniert waren.“ Kaum wurde darüber in der Presse berichtet, in den Ausschüssen des Landtages diskutiert und die Landesregierung befragt, änderte sich geschwind die Begründung für das in Aussicht genommene Aus der Anlage. In Fachzeitschriften lancierte man den Hinweis, die Anlage sei technisch noch nicht beherrschbar. Vor allem Probleme bei der Entwicklung der

Software wurden nachgereicht. Dasselbe Manöver hatte es kurz vorher schon beim Uniklinikum Gießen/Marburg gegeben. Jetzt wurden dieselben Argumente für Kiel ins Feld geführt. Da hatte man wohl noch einmal schnell die Verträge gelesen. Denn Siemens kann aus diesem Projekt nur einigermaßen unbeschädigt aussteigen, wenn der Konzern seiner Vertragspflicht – die Anlage technisch einsatzbereit zu übergeben – nicht nachkommen kann. Und wer bitteschön kann da schon das Gegenteil beweisen?

Landesregierung, der Vorstand des UKSH und Siemens waren sich schon im September offenbar einig, bereits fertig gestellte Gebäude allein für die konventionelle Strahlentherapie in vollen Umfang zu nutzen. Dieser Teil des Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrums Kiel (NRoCK) ist bereits bezugsfertig. Fraglos auch ein Baustein zur Verbesserung der Radiologie in Kiel. Der eigentliche Sprung nach vorne aber soll gleichzeitig aufgegeben werden. Das technische Herz des Partikeltherapiezentrums ist der geplante Einsatz von Protonen und Kohlenstoffionen: Zwölf rote Magneten der Beschleunigeranlage, des Synchrotrons, jeder für sich um die zehn Tonnen schwer, zu einem Kreis mit mehreren Metern Durchmesser angeordnet. Hier

sollen winzigste Bruchstücke von Elementarteilchen auf gut zwei Drittel der Lichtgeschwindigkeit beschleunigt und dann millimetergenau in Krebsgeschwü- re von Patienten gefeuert werden. Eine Technologie, in Deutschland mit Steu- ergeldern erforscht und entwickelt, in einer Anlage in Heidelberg in Praxis zu betrachten, mit wachsender Akzeptanz in Wissenschaft und Medizin weltweit. Mittlerweile in Deutschland für eine ganze Reihe von Krebserkrankungen zur An- wendung freigegeben.

Eigentlich hatte alles so gut angefan- gen: Noch vor drei Jahren formulierte der seinerzeitige Wirtschaftsminister Austermann (CDU): „Mit dem derzeit größten PPP-Projekt des Landes machen wir einen Riesensprung, der für viele tausend krebskranke Menschen im Land dank neuer hochpräziser Tumorbehand- lungen zu einem längeren Leben führen wird“. Verträge wurden gemacht, ein Standort an der Feldstrasse gefunden und der Bau begonnen. Das PTZ als Herz- stück des NRoCK hat dabei Bedeutung weit über Kiel und Norddeutschland hinaus. Eingebunden sind Partner in verschiedenen Ostseeanrainerstaaten. Nach Verhandlungen hatte Hamburg zugunsten Schleswig-Holsteins als PTZ Standort verzichtet. Das Gebäude steht,

Foto: Moritz Knebusch



Zurzeit eine Baustelle: Das Partikeltherapiezentrum am UKSH

die Verträge mit den Ersatzkassen sind gemacht, Vereinbarungen mit vielen Partnern sind getroffen und viele Patienten warten dringlich auf die Inbetriebnahme der Partikeltherapie. Ist der Abbau der Anlage in Kiel unausweichlich und ohne Alternative?

Da stellen sich schnell noch andere Fragen: Sollte die Siemensentscheidung vielleicht etwas damit zu tun haben, dass der Konzern über 600 Millionen Euro, die ihn der Betrugs- und Korruptionsskandal kostet, abschreiben muss? Wie deutet man, dass Siemens eine Anlage in China plant und betreibt, in Hessen weiter daran forscht und in Kiel aussteigt? Also kein Ausstieg, sondern ein Umstieg?

Die geringen Kosten für den Abbau in Kiel und die überschaubaren Einnahmen für die Überlassung des Gebäudes an das UKSH nimmt man in Kauf, weil man offenbar die Gewinnerwartungen für das ganze Projekt auf Dauer als nicht hinrei-

chend ansieht. Die Landesregierung – sicher nicht verantwortlich für die Politik des Siemens-Konzerns – ist offenbar bereit, den Siemenswünschen nachzugeben, um sich keinen Klotz ans Bein zu binden, deren finanzielle Folgen man nicht übersieht.

Die Kieler Projektleiter und Uniradiologen, die für das Zentrum arbeiten, haben berechtigte Hoffnung, dass andere Technologiefirmen für Siemens einspringen und dafür auch die nötigen Kapitalgeber finden. Solche Gespräche und Verhandlungen brauchen Zeit und Vertrauen. Und sie werden zurzeit geführt. Siemens ist bisher noch nicht davon abgerückt, die bereits fertige Anlage in Kiel so schnell wie möglich wieder abbauen zu wollen. Gerüchte besagen, dass diese als Ersatzteillager dienen werden für das PTZ-Projekt von Siemens in China. Und der zuständige Minister de Jager, nach Alternativen gefragt, stellt sich hin, und verkündet „Bei mir steht niemand Schlange“.

Das nun wieder dürfte niemanden verwundern. Wer traut dieser Landesregierung schon noch etwas zu. Das mindeste aber, was man jetzt verlangen kann - in allererster Linie im Interesse der schwerkranken Menschen - ist, dass keine voreiligen Tatsachen geschaffen werden und alles ausgelotet wird, was dazu führen kann, das PTZ in Kiel mit einem anderen technischen Partner zu verwirklichen.

Wir verlangen ein Stillhalten von Land, UKSH und Siemens mindestens bis zum nächsten Frühjahr, damit alle Alternativen für einen erfolgreichen Start des PTZ geprüft werden können. Nicht mehr und nicht weniger. Als gutes Zeichen mag man werten, dass sich jetzt auch der Landesrechnungshof dem PTZ und möglicher Finanzierungsalternativen angenommen hat. Somit ist zum jetzigen Zeitpunkt (09.12.2011) zumindest noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Jürgen Weber, MdL

Bekennntnis zu Europa!

Gemeinsam durch und gestärkt aus der Krise.

Die Finanz- und Bankenkrise von 2008 hat sich zu einer Krise ganzer Staaten und zu einer Krise des Euros entwickelt. Seit Jahren begleitet uns diese Entwicklung in den Nachrichten. Jeden Tag erreichen uns neue Hiobsbotschaften. Von riesigen Rettungsschirmen und möglichen Staatsinsolvenzen, zu noch größeren Rettungsschirmen und gehebelten Rettungsschirmen. Eurobonds und Gemeinschaftsschulden stehen im Raum und man hat nicht nur das Gefühl selbst nicht mehr zu begreifen, was da gerade vor sich geht, sondern ist zusätzlich enttäuscht über eine Bundesregierung, die uns ebenfalls nicht erklären kann, was gerade geschieht.

Doch diese Krise ist längst nicht mehr nur eine Wirtschaftskrise, sie hat sich zu einer Identitätskrise entwickelt. Zur einer Identitätskrise der Europäisch Union. Identität

würde bedeuten, sich zu Europa zu bekennen, stattdessen erleben wir, wie Ressentiments gegen angeblich faule Griechen geschürt werden und in einem der großartigsten multinationalen Projekt der jüngeren Geschichte eine Eiserne Kanzlerin mit protektionistischen Zügen versucht, Landtagswahlen zu gewinnen und Umfragen einer längst bankrotten Regierung zu steigern. Diese Regierung faselt von Staatsinsolvenzen, automatischen Sanktionen für Schuldensünderländer, befeuert das Demokratiedefizit der Europäischen Union und würde am liebsten Staaten aus unserer Währungsunion verbannen nur um den eigenen Deutschen Wohlstand nicht zu gefährden. Diese Regierung hat kein Verständnis für die Europäische Idee die hinter der Union steht. Für sie ist die EU nur eine Weiterentwicklung ehemals europäischer Zweckverbände wie der Montanunion oder der Europäi-

schen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Diese Regierung glaubt ein Wirtschaftsmodell Deutschland würde allen anderen Ländern in der EU zum selben Wohlstand verhelfen. Sie sieht die Handelsbilanzüberschüsse der BRD als etwas rein Positives und vergisst, dass unsere Überschüsse die Schulden anderer Nationen sind. Zu 60 Prozent Schulden Europäischer Nationen. Dabei ist die Europäische Union nicht nur der Garant für Frieden auf unserem Kontinent und nicht nur ein freier Binnenmarkt, sondern das Wissen, das einzelne Nationen unseres Kontinents keine Chance mehr hätten auf der internationalen Weltbühne mitzuspielen. Europa ist eine Institution, die uns nach der Auflösung einer bipolaren Welt Anfang der 90er Jahre eine starke Stimme auf dem globalisierten Parkett zwischen den USA, China, Südost-Asien und Russland verleiht. In der Wirtschaft genauso wie in der Politik. Eu-

ropa ist „Einer für alle, alle für einen“. Und eben aufgrund dieses Europas, aufgrund unserer Lage in Europa und aufgrund unserer wirtschaftlich gut situierten Verfassung sind wir in der wechselseitigen Pflicht, nicht nur zu nehmen, sondern uns zu bekennen und zu geben. Für Europa. Die Bundesregierung kommt diesem Bekenntnis zu Europa nur schleppend oder gar nicht nach. Helmut Schmidt kritisiert zu Recht, dass die Politik Europa und die Notwendigkeit Europas zu selten und unzureichend erklärt. Doch diese Kritik geht nicht nur an die Regierungsbank und deren Fraktionen. Nein, sie geht auch an die Opposition und damit auch an die Deutsche Sozialdemokratie. Es reicht nicht laufend die Haltung der Regierung zu kritisieren und ständig darauf hinzuweisen, dass Frau Merkel diese Krise zu schlecht erklärt. Wir stehen an einem Wendepunkt der Europäischen Union und wenn diese Regierung Gefahr läuft, die Zukunft der EU zu verspielen, dann müssen wir im Namen unserer fast 150-jährigen Tradition erklären, was Europa bedeutet und was es uns wert sein muss. Die Sozialdemokratie hat immer Verantwortungsbewusstsein gezeigt und muss das auch jetzt tun, auch wenn es in den Medien unpopulär

erscheint, ein Bekenntnis für Europa zu geben. Wir müssen Motor der fortschreitenden Europäischen Integration sein und dürfen nicht zulassen, dass dieser Prozess erlahmt. Wir müssen dafür kämpfen, dass das Europäische Parlament in Brüssel endlich die Rechte erhält, die einem Parlament zustehen. Wir müssen weg von einem kommissionsgeführten hin zu einem parlamentsgeführten Europa. Ein Parlament, das Entscheidungen auch ohne die Einverständniserklärungen der nationalen Regierungen treffen darf. Unser Europa braucht politische Macht, die über das Erstellen von Normen und Richtlinien hinausreicht. Wir brauchen eine Europäische Regierung, die mit einer Stimme spricht und als globaler Akteur auftreten darf. Europa braucht einen Haushalt, mit dem es auch etwas bewegen kann. Dazu brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer, die gleichzeitig die Auslöser dieser Krise an der Aufarbeitung beteiligt. Und wir brauchen ein Europa, das zwar nicht die Haushalte der einzelnen Länder gestaltet, aber Haushalte nicht bewilligt, wenn sie hoch defizitär sind. Und ja, wir brauchen ein Bekenntnis zu Eurobonds. Wenn diese gemeinschaftlichen Staatsanleihen nicht kommen, dann wird Deutschland wei-

terhin einen enormen wirtschaftlichen Liquiditätsvorteil haben, der sich gleichermaßen negativ auf andere Währungsmitglieder niederschlägt.

Deutschland ist momentan der Motor der Europäischen Wirtschaft und nicht nur unsere polnischen Nachbarn erwarten von uns Anstrengungen, diese Europäische Krise gemeinsam mit allen Mitgliedern zu meistern. Aber diese Erwartungen sollen uns nicht zum Hochmut anstacheln, sondern eher zur Demut (in Europa spricht man hoffentlich nie wieder „Deutsch“, Herr Kauder). Wir dürfen nie vergessen, welche Unterstützung wir in der Nachkriegszeit und in der Wendezeit um 1990 von Europa und den Alliierten erhalten haben. Diese Unterstützung verpflichtet uns jetzt gleichermaßen dieses Europa zu stützen. Selbstverständlich kostet das den deutschen Steuerzahler Geld, und selbstverständlich büßen wir Deutschen damit eigene Kompetenzen ein, aber handeln wir hierbei eben nicht als Deutsche, sondern als Europäer. Und wer das nicht begreift und stattdessen Ressentiments gegen Europa schürt, um Wahlen zu gewinnen, verspielt eine der großartigsten Ideen unseres Kontinents: Die Idee eines föderalen Europas. sv

„SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – Der Norden steht auf!“

SPD-Bundestagsfraktion initiiert erfolgreiche Kampagne

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein und die meist befahrenste künstliche Wasserstraße der Welt – aber ihr droht akut der Verkehrsinfarkt! Bei Verkehrsminister Ramsauer hatte das Projekt bis vor wenigen Wochen noch keine Priorität und auch sein Kieler CDU-Minister-Kollege de Jager fiel nicht durch beherzten Einsatz in Berlin für unsere maritime „Hauptschlagader“ auf.

Der Haushaltsentwurf 2012 sah für den NOK zunächst alles in allem gerade ein-

mal 25 Mio. Euro vor – das ist mehr als eine Halbierung der Mittel gegenüber 2011 und weniger als der Kanal jedes Jahr an Gebühren selbst erwirtschaftet. Also: die Gebühren des Kanals subventionieren im Ramsauerschen Verkehrsetat sogar Wasserwege anderer Regionen – das ist angesichts des Investitionsstaus am Kanal ein Skandal! Gleichzeitig hatte Ramsauer die 270 Mio. Euro für den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel, die seit 2008/2009 mit den beiden Konjunkturpaketen von SPD-Verkehrsminister Tiefensee im Bundeshaushalt festgeschrieben wurden, ebenfalls

für andere Wasserstraßen „verbraten“. Er erklärte diese Vorgehensweise zu Lasten der maritimen Wirtschaft im Norden mit seiner Parole „Erhalt vor Neubau“ zum Programm, das er noch durch die Ankündigung der beabsichtigten Erhöhung der Kanalgebühren „garnierte“. Diese Provokation war selbst der Wirtschaft zu viel: die Industrie- und Handelskammern (IHK) Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen protestierten im Schulterchluss in Berlin. Sie bestätigten, dass 7000 Arbeitsplätze vom Kanal abhängen, und unterstützen seitdem gemeinsam mit DGB und Ver.di

sowie zahlreichen Betriebsräten die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – Der Norden steht auf!“. Das breite gesellschaftliche Bündnis wird außerdem getragen von den großen Reedereien, Logistikunternehmen, dem Hamburger Hafen, sowie den maritimen Berufsverbänden – an der Spitze die Lotsenbrüderschaften und die nautischen Vereine. Seit dem erfolgreichen Start der dreiteiligen SPD-Veranstaltungsreihe am 23. September in Brunsbüttel zieht dieses Bündnis für den NOK an einem Strang und konnte gemeinsam einen ersten Erfolg verbuchen, denn urplötzlich kam hektische Bewegung in die schwarz-gelben Koalitionen in Kiel und Berlin. Die Berliner Fraktionsspitzen von Schwarz-Gelb verkündeten flugs ca. 1,2 Mrd. Euro zusätzlich im Verkehrshaushalt bereit zu stellen und damit „ein klares Signal für den NOK“ setzen zu wollen. Offenbar soll zumindest im Jahr der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Interesse des Nordens gerade gerückt werden, was der bayerische Verkehrsminister Ramsauer zuvor an Prioritäten im Haushalt 2012 falsch gesetzt hatte. Fakt ist: Bei aller Freude über die späte Einsicht von Schwarz-Gelb in Sachen NOK ist es zu früh, um endgültig „Entwarnung“ zu geben. Ramsauer hat zwar verkündet, den Nord-Ostsee-Kanal jetzt zur „Chefsache“ machen zu wollen – das ist auch bitter nötig, wenngleich nach seinem bisherigen Kahlschlag im Norden wenig glaubhaft: In seinem Etatentwurf 2012 hatte er nämlich nicht nur die Mittel für den

„Neubau der 5. Schleusenammer“ um 80 Prozent (!) auf die lächerliche Summe von 1,9 Mio. Euro „eingedampft“, sondern im selben Umfang bei den „Sicherungsmaßnahmen“ gekürzt: Statt 5 Mio. Euro 2011 soll der NOK auch hier 2012 mit nur noch 1 Mio. Euro auskommen! Für die Schleusen in Kiel ist ebenfalls 1 Mio. Euro vorgesehen – statt 15 Mio. Euro 2011! Doch der Druck des Bündnisses – angeführt von der SPD-Bundestagsfraktion aus Schleswig-Holstein und Hamburg – hat geholfen, denn nicht nur die Wirtschaft Schleswig-Holsteins – sondern ganz Norddeutschland mit dem Herzstück Hamburger Hafen – ist auf diese funktionierende Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee angewiesen! Bei einem Verkehrsinfarkt des Kanals wandern die großen Güterverkehre nach Rotterdam und Antwerpen auf größere Schiffe und die längere Skagen-Route ab; und Fachleute wissen: Neu orientierte Verkehrsströme kommen so wenig zurück, wie tausende Arbeitsplätze, die davon abhängen! Im Haushaltsausschuss hat die SPD auf Initiative von mir am 25. Oktober 1,2 Mrd. Euro bis 2017 für den Neubau der 5. Schleusenammer, die Sanierung von Schleusen und Querungswerken und den Ausbau des NOK beantragt – zugrunde liegt das „Tiefenseekonzept“, das das Verkehrsministerium 2007 mit Fachleuten selbst erstellt hat. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag aber ebenso wie die Linke ab, während sich die Grünen enthielten – so werden politische Zusagen zum Kanal sicher nicht glaubwürdig. Statt dessen hat sich die

schwarz-gelbe Koalition erst fünf Minuten vor zwölf doch noch der Vernunft, dem massiven politischen Druck und dem drohenden Wahldesaster gebeugt und stellt im Haushalt 2012 Gelder (60 Mio. Euro) für den Bau der 5. Schleusenammer in Brunsbüttel, die bereits planfestgestellt ist und deren Neubau sofort beginnen könnte, zur Verfügung – 2013 dann weitere 270 Mio. Euro.

Diesem ersten Schritt – der 5. Schleusenammer in Brunsbüttel – müssen nun weitere Schritte folgen, um in einem sinnvollen Gesamtkonzept den Erhalt einer der wichtigsten deutschen Wasserstraßen zu gewährleisten. Der drohende Zusammenbruch des Verkehrs mit seinen katastrophalen Auswirkungen besonders für den Hamburger Hafen ist auch mit diesem ersten Schritt noch nicht abgewendet. Den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Enak Ferlemann „deshalb müssen wir auch die Oststrecke des Kanals ausbauen, den NOK insgesamt vertiefen und die Schleusenanlage in Kiel-Holtenau sanieren“ stimmen wir zu. Die von ihm erwarteten Kosten von 1,25 Mrd. Euro entsprechen ziemlich genau der Summe, die unser Konzept für den NOK beinhaltet. Leider wurde von Seiten des Ministeriums mal wieder viel versprochen und nur wenig gehalten. Und das wenige verdankt sich auch nur der absehbaren Wahlschlappe der Union bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.

Bettina Hagedorn, MdB

Foto: Mathias Stein



Eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein: Der Nord-Ostsee-Kanal



GLASNOPEST

Mehr Demokratie in der Kieler SPD!

Die Kieler SPD – innerhalb der Partei bisher eine Vorreiterin in Sachen Basisdemokratie – war nun auch in Sachen Programmdiskussion progressiv. Statt eines schnöden Kreisparteitages wurde das Wahlprogramm zur Landtagswahl auf einer für alle Mitglieder offenen Programmkonferenz diskutiert. Auf dieser außerordentlich erfolgreichen Veranstaltung waren etwa halb so viele Diskutanten wie sonst Parteitagsdelegierte anwesend. Da dort im Gegensatz zu einem Kreisparteitag keine Beschlüsse gefasst werden durften, musste über die vage zusammengetragene Ideensammlung anschließend im Kreisvorstand befunden werden. Die *Rotkielchen*-Redaktion konnte trotz intensivster Recherchen nicht eindeutig ermitteln, ob der Kreisvorstand in Gänze, der geschäftsführende Kreisvorstand, der kleine geschäftsführende Kreisvorstand oder der ganz kleine geschäftsführende Kreisvorstand sich der Sache annahm.

Rotkielchen meint: entweder ordentliche Kreisparteitage oder beschlussfähige Mitgliederversammlungen, weniger Findungskommissionen und keine Scheindemokratie.